

# Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

61. Jahrgang

Ausgegeben in Hannover am 24. Juli 2007

Nummer 22

## INHALT

Tag		Seite
12. 7. 2007	<b>Gesetz zu der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zur Änderung der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über das Gymnasium Andreanum in Hildesheim</b> . . . . .	339
	22410 (neu), 22410 05	
17. 7. 2007	Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Personalvertretungen im Land Niedersachsen . . . . .	341
	20470 02 02	
17. 7. 2007	Verordnung zur Festsetzung des Vomhundertsatzes des auf die Einwohnerzahl der kreisangehörigen Gemeinden und der Samtgemeinden entfallenden Zuweisungsbetrages für die Aufgabenwahrnehmung im übertragenen Wirkungskreis (GemZuweisVO) . . . . .	342
	61330 (neu), 61330	
20. 7. 2007	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten in der Gerichtsbarkeit und der Justizverwaltung . . . . .	343
	30000 00 03	

**Gesetz**  
**zu der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen**  
**und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers**  
**zur Änderung der Vereinbarung**  
**zwischen dem Land Niedersachsen**  
**und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers**  
**über das Gymnasium Andreanum in Hildesheim**

**Vom 12. Juli 2007**

Der Niedersächsische Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Der am 16. Mai 2007 unterzeichneten Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers zur Änderung der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über das Gymnasium Andreanum in Hildesheim wird zugestimmt.

(2) Die Vereinbarung wird in der **Anlage** veröffentlicht.

Artikel 2

In § 191 des Niedersächsischen Schulgesetzes in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 301), wird das Wort „acht“ durch das Wort „zwei“ ersetzt.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2007 in Kraft.

Hannover, den 12. Juli 2007

**Der Präsident des Niedersächsischen Landtages**

Jürgen G a n s ä u e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

**Der Niedersächsische Ministerpräsident**

Christian W u l f f

**Vereinbarung  
zwischen dem Land Niedersachsen  
und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers  
zur Änderung der Vereinbarung  
zwischen dem Land Niedersachsen  
und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers  
über das Gymnasium Andreanum in Hildesheim**

Zwischen dem Land Niedersachsen, vertreten durch den Niedersächsischen Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Niedersächsischen Kultusminister,

und

der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, vertreten durch die Landesbischöfin,

wird in weiterer Ausführung des Artikels 5 Abs. 2 des Vertrages des Landes Niedersachsen mit den Evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen vom 19. März 1955 sowie des Artikels 5 des Ergänzungsvertrages zum Vertrag mit den Evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen vom 4. März 1965 folgende Vereinbarung getroffen:

Die Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über das Gymnasium Andreanum in Hildesheim vom 30. November 1977 wird wie folgt geändert:

Artikel 1

1. In der Überschrift werden die Worte „das Gymnasium Andreanum in Hildesheim“ durch die Worte „Schulen in Trägerschaft der Evangelischen Landeskirche Hannovers“ ersetzt.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 und wie folgt geändert:

Das Wort „Privatschule“ wird durch das Wort „Ersatzschule“ ersetzt.
  - b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

„<sup>2</sup>Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers errichtet und betreibt darüber hinaus an vier einvernehmlich mit dem Land festzulegenden Standorten Schulen in ihrer Trägerschaft.“
3. In § 2 werden das Wort „Ersatzschule“ durch das Wort „Ersatzschulen“, das Wort „ihr“ durch das Wort „ihnen“ und die Worte „eines anerkannten Gymnasiums“ durch die Worte „anerkannter Ersatzschulen“ ersetzt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird der Verweis „§ 136“ durch den Verweis „§ 155“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden das Wort „Privatschulen“ durch die Worte „Schulen in freier Trägerschaft“ und die Worte „§ 135 und der §§ 137 bis 142“ durch die Worte „§ 154 und der §§ 156 bis 161“ ersetzt.
- c) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) Für die von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreiten Lehrkräfte des Andreanums, die am 31. Juli 2007 in der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK) angemeldet waren, erfolgt die Erstattung der Aufwendungen für eine angemessene Altersversorgung abweichend von Absatz 1 nach § 2 Abs. 2 Nr. 5 der Verordnung über die Berechnung der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft.“

Artikel 2

- (1) Diese Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Niedersächsischen Landtages in Form eines Landesgesetzes.
- (2) Die Vereinbarung tritt zeitgleich mit dem in Absatz 1 genannten Landesgesetz in Kraft.

Hannover, den 16. Mai 2007

Für das Land Niedersachsen

Für den Niedersächsischen Ministerpräsidenten

Der Niedersächsische Kultusminister

B u s e m a n n

Für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers

Die Landesbischöfin

Dr. K ä ß m a n n

**Verordnung  
zur Änderung der Wahlordnung  
für die Personalvertretungen  
im Land Niedersachsen**

**Vom 17. Juli 2007**

Aufgrund des § 118 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes in der Fassung vom 22. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 11) wird verordnet:

**Artikel 1**

Die Wahlordnung für die Personalvertretungen im Land Niedersachsen in der Fassung vom 8. Juli 1998 (Nds. GVBl. S. 538), geändert durch Verordnung vom 23. Januar 2003 (Nds. GVBl. S. 23), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Satz 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:  
„1. eine von § 14 Abs. 2 und 3 NPersVG abweichende Verteilung der Sitze des Personalrats auf die Gruppen (§ 14 Abs. 4 NPersVG) oder“.
2. In § 7 Abs. 2 wird die Verweisung „§ 14 Abs. 2 bis 4“ durch die Verweisung „§ 14 Abs. 2 und 3“ und der Klammerzusatz „(§ 14 Abs. 5)“ durch den Klammerzusatz „(§ 14 Abs. 4)“ ersetzt.
3. In § 13 Abs. 3 Nr. 2 wird jeweils in den Klammerzusätzen die Verweisung „§ 14 Abs. 4 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 14 Abs. 3 Satz 2“ ersetzt.
4. In § 31 Abs. 1 Satz 4 wird nach dem Wort „Beamten“ das Komma gestrichen und die Worte „der Angestellten sowie der Arbeiterinnen und Arbeiter“ werden durch die Worte „und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ ersetzt.
5. Dem § 35 wird der folgende Absatz 6 angefügt:  
„(6) <sup>1</sup>Ist nach § 52 Abs. 2 Satz 1 NPersVG bestimmt worden, dass die Wahl in einer Wahlversammlung stattfindet, so tritt an die Stelle des Wahlausschreibens nach § 8 die Einberufung der Wahlversammlung durch den Wahlvorstand. <sup>2</sup>Die Einberufung ist den in der Wahlversammlung

Wahlberechtigten bekannt zu geben. <sup>3</sup>Die Bekanntgabe muss enthalten:

1. Ort und Tag der Einberufung,
  2. die Zahl der in der Regel beschäftigten wahlberechtigten Jugendlichen und Auszubildenden,
  3. den Hinweis, dass die zu wählende Vertretung aus einem Mitglied besteht,
  4. den Hinweis, dass jede Wahlberechtigte und jeder Wahlberechtigte in der Wahlversammlung einen Wahlvorschlag machen kann,
  5. die Angabe, wo und wann das Wählerverzeichnis und diese Wahlordnung zur Einsicht ausliegen,
  6. den Hinweis, dass nur Beschäftigte wählen können, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind,
  7. den Hinweis, dass Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis nur innerhalb einer Woche seit seiner Auslegung schriftlich beim Wahlvorstand eingelegt werden können; der letzte Tag der Einspruchsfrist ist anzugeben,
  8. Ort und Zeit der Wahlversammlung.
- <sup>4</sup>Jede Wahlberechtigte und jeder Wahlberechtigte kann in der Wahlversammlung einen Wahlvorschlag machen. <sup>5</sup>In der Wahlversammlung werden die Stimmen ausgezählt und das Wahlergebnis festgestellt.“
6. Der Siebente Teil wird gestrichen.
  7. Der bisherige Achte Teil wird Siebenter Teil.

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt 14 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 17. Juli 2007

**Die Niedersächsische Landesregierung**

W u l f f            S c h ü n e m a n n

**V e r o r d n u n g**  
**zur Festsetzung des Vomhundertsatzes**  
**des auf die Einwohnerzahl der kreisangehörigen**  
**Gemeinden und der Samtgemeinden entfallenden**  
**Zuweisungsbetrages für die Aufgabenwahrnehmung**  
**im übertragenen Wirkungskreis**  
**(GemZuweisVO)**

**Vom 17. Juli 2007**

Aufgrund des § 12 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich in der Fassung vom 26. Mai 1999 (Nds. GVBl. S 116, 320), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 312), wird verordnet:

§ 1

(1) Von den Zuweisungen für einen Landkreis erhalten

- |   |                    |
|---|--------------------|
| 1. die großen selbständigen Städte                | 74,72 vom Hundert, |
| 2. die selbständigen Gemeinden                    | 50,18 vom Hundert, |
| 3. die übrigen Gemeinden und die<br>Samtgemeinden | 33,59 vom Hundert  |

des auf ihre Einwohnerzahl entfallenden Betrages.

(2) Abweichend von Absatz 1 Nr. 3 erhalten die Samtgemeinden im Landkreis Lüchow-Dannenberg 6,85 vom Hundert des auf ihre Einwohnerzahl entfallenden Betrages.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Festsetzung des Vomhundertsatzes des auf die Einwohnerzahl der kreisangehörigen Gemeinden und der Samtgemeinden entfallenden Zuweisungsbetrages für die Aufgabenwahrnehmung im übertragenen Wirkungskreis vom 20. Oktober 2006 (Nds. GVBl. S. 471) außer Kraft.

Hannover, den 17. Juli 2007

**Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres und Sport**

S c h ü n e m a n n

Minister

**V e r o r d n u n g**  
**zur Änderung der Verordnung zur Regelung**  
**von Zuständigkeiten**  
**in der Gerichtsbarkeit und der Justizverwaltung**

**Vom 20. Juli 2007**

Aufgrund des § 72 Abs. 2 Satz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. April 2007 (BGBl. I S. 509), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Subdelegationsverordnung-Justiz vom 6. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 244) wird verordnet:

Artikel 1

Nach § 2 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten in der Gerichtsbarkeit und der Justizverwaltung vom 22. Januar 1998 (Nds. GVBl. S. 66), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Oktober 2006 (Nds.GVBl. S. 461), wird der folgende § 2 a eingefügt:

„§ 2 a

Streitigkeiten nach dem Wohnungseigentumsgesetz

Abweichend von § 72 Abs. 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, GVG ist in Streitigkeiten nach § 43 Nrn. 1 bis 4 und 6 des Wohnungseigentumsgesetzes, auch wenn diese unter § 119 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b und c GVG fallen, für den Oberlandesgerichtsbezirk Oldenburg das Landgericht Aurich gemeinsames Berufungs- und Beschwerdegericht.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2007 in Kraft.

Hannover, den 20. Juli 2007

**Niedersächsisches Justizministerium**

H e i s t e r - N e u m a n n

Ministerin

# Aktuell: Bauordnung

Bauaufsicht; Durchführung genehmigungsfreier Baumaßnahmen nach § 69 a NBauO, RdErl. d. MS vom 27. 6. 1995 (Nds. MBl. Nr. 27/95) .....	4,60 €
RdErl. 16. 8. 1996, Bauaufsicht; Ausführungsbestimmungen zu § 47 b NBauO (Nds. MBl. Nr. 39/96) .....	3,07 €
RdErl. 30. 1. 1997, Bauaufsicht; Übergangsregelungen für Prüfzeugnisse und Gutachten nach DIN 4102 zu den §§ 24 bis 27 NBauO (Nds. MBl. Nr. 10/97) .....	4,60 €
Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Bauaufsicht (Baugebührenordnung – BauGO –) (Nds. GVBl. Nr. 1/98) .....	1,53 €
Verordnung zur Änderung der Baugebührenordnung (BauGO) (Nds. GVBl. Nr. 19/01) .....	3,07 €
Verordnung zur Änderung der Baugebührenordnung (BauGO) (Nds. GVBl. Nr. 32/01) .....	4,09 €
Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Baugebührenordnung (BauGO) (Nds. GVBl. Nr. 10/02) .....	4,20 €
Gesetz zur Änderung des Baurechts (Nds. GVBl. Nr. 37/02) .....	9,45 €
Neubekanntmachung der Niedersächsischen Bauordnung vom 10. 2. 2003 (Nds. GVBl. Nr. 6/03) .....	4,20 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, DIN 18516, Teil 4, vom 5. 5. 2003 (Nds. MBl. Nr. 15/03) .....	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, DIN 11622, 1 bis 4, vom 5. 5. 2003 (Nds. MBl. Nr. 18/03) .....	3,10 €
Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen, DIN 18025-1 und DIN 18025-2, vom 14. 7. 2003 (Nds. MBl. Nr. 25/03) .....	3,10 €
Verordnung zur Änderung der Baugebührenordnung vom 14. 11. 2003 (Nds. GVBl. Nr. 27/03) .....	2,10 €

(Die Einzelpreise verstehen sich einschl. MwSt. zuzüglich Versandkosten.)

Bestellungen erbeten an:

  
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Postanschrift: 30130 Hannover  
Adresse: Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover  
Telefon 0511 8550-0 · Telefax 0511 8550-2405  
info@schluetersche.de · www.schluetersche.de

# Preiswerte Textausgaben wichtiger Gesetze aus 2005

## Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Neubekanntmachung der Verordnung zur Durchführung des Niedersächsischen Pflegegesetzes vom 30. 3. 2005 (Nds. GVBl. Nr. 8/05) ..... 1,05 €

Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Versammlungsstättenverordnung und der Baugebührenordnung (Nds. GVBl. Nr. 9/05) ..... 3,15 €

Neubekanntmachung der Niedersächsischen Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 24. 5. 2005 (Nds. GVBl. Nr. 12/05) ..... 4,20 €

Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest vom 8. 9. 2005 (Nds. GVBl. Nr. 19/05) ..... 1,05 €

Gesetz über den Nationalpark „Harz (Niedersachsen)“ (NPGHarzNI) vom 19. 12. 2005 (Nds. GVBl. Nr. 30/05) ..... 2,10 €

## Niedersächsisches Ministerialblatt

RdErl. vom 11. 1. 2005, Ausführungsbestimmungen zum Niedersächsischen Jagdgesetz (Nds. MBl. Nr. 8/05) ..... 3,10 €

RdErl. vom 10. 5. 2005, Bauaufsicht; im Land Niedersachsen anerkannte Prüferingenieure für Baustatik (Nds. MBl. Nr. 21/05) ... 6,20 €

RdErl. vom 4. 8. 2005, Beihilfevorschriften (BhV) und Hinweise zu den BhV; Durchführung von Heilkuren in der EU (Nds. MBl. Nr. 33/05) ..... 4,65 €

RdErl. vom 4. 8. 2005, Beihilfevorschriften (BhV) und Hinweise zu den BhV (Nds. MBl. Nr. 34/05) ..... 1,55 €

Bek. vom 26. 9. 2005, Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen DIN V ENV 1992-1-2 „Eurocode 2: Planung von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken“ Teil 1–2: Allgemeine Regeln – Tragwerksbemessung für den Brandfall (Nds. MBl. Nr. 42/05) ..... 1,55 €

Bek. vom 4. 10. 2005, Bauaufsicht: Technische Baubestimmungen; DIN 4102 „Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen“ (Nds. MBl. Nr. 44/05) ..... 3,10 €

(Die Einzelpreise verstehen sich einschl. MwSt. zuzüglich Versandkosten)

Bestellungen erbeten an:

 **schlütersche**  
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Postanschrift: 30130 Hannover  
Adresse: Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover  
Telefon 0511 8550-0 · Telefax 0511 8550-2405  
info@schluetersche.de · www.schluetersche.de

# Einbanddecke inklusive CD



**Vierzehn  
Jahrgänge  
handlich  
auf einer CD!**

Jahrgänge 2000 bis 2006:

- Nds. Ministerialblatt
- Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt

Die optimale Archivierung  
ergänzend  
zur Einbanddecke.



→ Einbanddecke 2006 Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt  
inklusive CD **nur € 21,-** zzgl. Versandkosten

→ Einbanddecke I. + II. Halbjahr 2006 Niedersächsisches Ministerialblatt  
inklusive CD **nur € 35,50** zzgl. Versandkosten

**Gleich bestellen: Telefax 0511 8550-2405**

**schlütersche**  
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG